

Der Prozeß der Ent-Maoisierung: Eindrücke einer Chinareise

Im August hielt sich eine Gruppe von österreichischen Journalisten über mehrere Wochen in der Volksrepublik China auf. Zu dieser Gruppe gehörte auch unser Österreicher-Mitarbeiter, Fritz Csoklich, Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ in Graz. Sein Bericht, der vor allem Eindrücke aus Gesprächen mit offiziellen Vertretern des Landes festhält, ergänzt unsere Meldung im September-Heft der Herder-Korrespondenz (vgl. S. 440ff.).

Das, was sich zur Zeit in China abspielt, ist ein stürmischer Vorgang der „Ent-Maoisierung“, der in seiner Konsequenz, in seinen Ausmaßen und Folgen die „Entstalinisierung“ in der Sowjetunion Chruschtschows weit übertreffen dürfte: das ist der bestimmende Eindruck nach einem dreiwöchigen Aufenthalt in China, während dem auch ein Besuch des bisher hermetisch abgeschlossenen Tibet erlaubt wurde. Die Riesenkonterfeis des „großen Vorsitzenden“ sind aus dem Straßenbild der chinesischen Städte verschwunden, die Zeitungen publizieren keine Mao-Zitate mehr, die rote „Mao-Bibel“ ist kaum mehr zu finden, der „Mao-Look“ hat einer bunteren und vielfältigen Mode Platz gemacht, die bisher üblichen Propaganda-Transparente auf öffentlichen Plätzen weichen in zunehmendem Maße kommerzieller Werbung, die zum Teil auch für westliche Filme betrieben wird. Revolutionsstücke wie „Das rote Frauenbataillon“ oder „Das weißhaarige Mädchen“ sind aus dem Fernsehen und aus den Spielplänen der Theater so gut wie verbannt, die in der Zeit der Kulturrevolution geächtete Peking-Oper dominiert wieder auf den Bühnen, auch die klassische europäische Musik ist voll rehabilitiert.

Säuberungen und Rehabilitierungen

Hinter diesem schon seit einiger Zeit beobachteten Vordergrund vollzieht sich im ganzen Land eine *personelle* „Säuberung“, die die gesamte politische Verwaltung, alle Fabriken, Volkskommunen, Schulen, Universitäten und vor allem die Organisation der Partei umfaßt: Funktionäre, die sich während der Kulturrevolution hervortaten, sind in Landkommunen versetzt oder gar verhaftet worden, während die in der Zeit der „Viererbande“ Verhafteten und Verbannten in ihre Heimat zurückkehren. Ihre Zahl muß sehr hoch sein. So berichtete der marxistische Theoretiker Professor Zhou Kang in Schanghai, er sei mit 2000 Intellektuellen allein aus Schanghai in den äußersten Norden des Landes, in das „chinesische Sibirien“, jahrelang verbannt gewesen, und viele der Verbannten seien in dieser Zeit gestorben. Inoffiziell wird die Zahl der nunmehr heimgekehrten Häftlinge und Verbannten auf sieben Millionen geschätzt, doch war keine offizielle Bestätigung dieser Ziffer zu erhalten.

Dazu kommen noch jene Häftlinge, die schon vor der Kulturrevolution eingesperrt wurden, seither in Gefängnissen waren und jetzt freigelassen werden. Bei diesem Personenkreis handelt es sich um politische Häftlinge, um Menschen, die in exponierten Positionen einem religiösen Bekenntnis verbunden sind (so soll der mehr als 20 Jahre eingekerkerte katholische Bischof von Schanghai, Ignatius Kung Pin-mei, aus der Haft entlassen worden sein, doch war keine Bestätigung dieser Nachricht zu erhalten), sowie um Angehörige nationaler Minderheiten, die mit den Chinesen in Konflikt geraten waren. Dazu zählen auch jene Tibeter, die 1959 an dem bewaffneten Aufstand gegen die chinesische Armee beteiligt waren, der mit der Flucht des Dalai Lama nach Indien endete.

Die Freilassung zahlreicher Gruppen von Häftlingen und die Heimkehr vieler Verbannten fällt mit anderen Maßnahmen des chinesischen Regimes zusammen, die ebenfalls Hunderttausende und Millionen betreffen. So hat Ministerpräsident und Parteichef Hua vor dem 5. Nationalen Volkskongreß im März die *Zusammenführung der zwangsweise getrennt lebenden Eheleute* versprochen, die man während der Kulturrevolution zur Zerschlagung der „reaktionären Institution Ehe“ in weit entfernte Gebiete zum Arbeitseinsatz kommandiert hatte. Erste Ergebnisse dieses Zusammenführungsprozesses sind bereits zu erkennen. Dazu kommen noch Millionen Mittelschüler aus den Städten, die unter der „Viererbande“ zum Arbeitseinsatz in agrarische Gebiete verpflichtet wurden und die jetzt ebenfalls in ihre Heimat zurückkehren, da diese Zwangsverpflichtung aufgehoben wurde.

Alle diese Menschenmassen in einem nach wie vor völlig zentral gelenkten Wirtschaftssystem in den Arbeitsprozeß einzugliedern ist ein ungemein schwieriges, wenn nicht unlösbares Problem. Chinesische Wirtschaftsfachleute erklärten der österreichischen Journalistendelegation offen, es sei besonders problematisch, die Absolventen der Mittelschulen aus den Städten unterzubringen, da die *Universitäten* trotz wiedereingeführter Aufnahmeprüfung den Ansturm nicht bannen können. Zur Zeit müsse man für sieben Millionen Jugendliche mit Mittelschulbildung Arbeit finden. Dazu komme der ständige Bevölkerungszuwachs, der trotz rigoroser Maßnahmen zur Geburtenkontrolle 12 Millionen Menschen im Jahr beträgt. Daß es *Arbeitslose* in China gibt, wird von den offiziellen Stellen in China gar nicht bestritten, nur sei es schwierig, die Zahl der Arbeitslosen zu ermitteln, die in Wirklichkeit viele Millionen betragen dürfte.

Alle diese vielfältigen Schwierigkeiten sind wohl eine der Ursachen dafür, daß das Hua-Regime in China nach Möglichkeiten eines Ausgleichs mit Minderheitengruppen sucht. So kommt es zur Zeit zu einer sehr weitgehenden Rehabilitierung von Menschen, die während der Kulturrevolution nicht nur eingesperrt, sondern auch Pressionen

materieller Art ausgesetzt waren. *Cheng Ming Shan*, Generaldirektor einer privaten pharmazeutischen Fabrik in Schanghai bis 1954, teilte mit, ihm seien bei der Nationalisierung des Betriebes in den fünfziger Jahren 50 Prozent seines Aktienanteils in bar vergütet worden. Während der Kulturrevolution sperrte man ihn in Dunkelhaft und konfiszierte sein gesamtes Eigentum. Als „nationaler Kapitalist“ erhielt Cheng Ming Shan sein Vermögen jetzt wieder zurück: „Ich bekam einige zigtausend Yuan, es gibt aber auch Leute, die Millionen zurückbekommen haben.“

In den Kreis dieser Rehabilitierten fallen auch die verschiedenen *nationalen Minderheiten*, die nun wieder ihre Sprachen in den Schulen verwenden dürfen, Bräuche der ethnischen Gruppen, die während der Kulturrevolution als „reaktionär“ verboten waren, sind wieder zugelassen und werden zum Teil sogar gefördert.

Mehr Toleranz für nationale und religiöse Minderheiten

Die veränderte Haltung des Hua-Regimes gegenüber den Religionen ist nur in diesem größeren Zusammenhang zu verstehen. Man möchte offensichtlich unter der noch von *Tschu-en-lai* geprägten Parole von den „vier Modernisierungen“ möglichst viele Teile des chinesischen Volkes zu einer großen nationalen Anstrengung zusammenfassen. In allen Landesteilen sind bereits zahlreiche alte Kulturdenkmäler und Tempel, die man während der Kulturrevolution sperrte oder gar zerstörte, restauriert worden. Der Himmelstempel in Peking erstrahlt – freilich als Museum – in neuem Glanz, einige buddhistische Klöster wurden wiedereröffnet.

In *Tibet*, wo sich die chinesische Politik nach der Niederschlagung des antichinesischen Aufstandes im Jahre 1959 besonders radikal gebärdete und wo man den *Lamaismus* mit Stumpf und Stiel ausrotten wollte, sind ebenfalls Anzeichen einer vorsichtigen Mäßigung zu erkennen. Insgesamt sind bisher 10 Klöster wiedereröffnet worden, unter denen sich zwei der traditionsreichsten – Drepang und Sera – befinden. Von den einstmals 120 000 Mönchen sind allerdings jetzt nur etwa 1000 Lamas in diesen Klöstern zugelassen, und jungen Leuten ist der Eintritt in ein Kloster faktisch unmöglich gemacht. Das größte buddhistische Heiligtum in Lhasa, der Dschokhang-Tempel, ist allerdings kunstvoll restauriert wiedereröffnet worden, er wird von etwa vier- bis fünftausend Pilgern pro Woche besucht. Wallfahrer, die sich vor diesem Tempel in den Staub der Straße niederwerfen und die in aller Öffentlichkeit beten, sind keine Seltenheit mehr, und Pilgerpfade abseits der Straßen sind bereits wieder mit Gebetsfahnen bezeichnet.

Dieses relative Tauwetter ändert – wenigstens vorläufig – nichts an der grundsätzlichen Überzeugung des Regimes, daß die *Religion* nach der radikalen Änderung der Produktionsverhältnisse zwangsläufig verschwinden werde. Alle zuständigen Funktionäre bekräftigen aber ihre Ansicht, daß es ein Fehler der „ultralinken Kräfte“ während

der „Herrschaft der Viererbande“ gewesen sei, die Religion mit administrativen und polizeilichen Mitteln zu bekämpfen. Der Volkskongreß bekräftigte die neue Verfassung der Volksrepublik China, in der die Religionsfreiheit (wenigstens als Kultfreiheit) gleichzeitig mit der Freiheit der atheistischen Propaganda ausdrücklich enthalten ist.

Im „*Institut für Weltreligionen*“ in Peking wird diese Bestimmung so interpretiert: „Jeder Gläubige kann und darf Tempel, Moscheen und Kirchen besuchen, um seiner religiösen Aktivität nachzugehen, aber es wird auch die Freiheit gewahrt, auf Religion zu verzichten. Auch das ist eine Freiheit. Andererseits ist jede Diskriminierung der Religion nun vom Staat verboten.“ Auf die Frage, ob es denn nicht auch eine Diskriminierung sei, wenn die atheistische Propaganda in allen Schulen gepflegt wird, während man den Religionen jede Erzieherarbeit und öffentliche Verkündigung verbiete, erklärte der stellvertretende Leiter des Instituts, *Huang*, es bestehe die volle Freiheit, die Religion zu verkündigen und zu verbreiten – aber in den Tempeln, Moscheen und Kirchen. Die *Erziehung zur Religion* sei möglich, „aber nur privat“.

Das „Institut für Weltreligionen“, das der Akademie für Sozialwissenschaften Chinas untersteht, wurde 1964 gegründet. Nach Beginn der Kulturrevolution wurde die Arbeit des Instituts eingestellt. Erst 1976 nahm das Institut seine Arbeit wieder auf, und es versteht sich als Forschungsinstitut der Weltreligionen, das vor allem den *Buddhismus*, den *Islam* und das *Christentum* untersucht. Darüber hinaus werden auch die spezifisch in China verbreiteten Religionen wie der *Taoismus* erforscht. Ein anderes Feld der Tätigkeit erstreckt sich auf die *Theorien des Atheismus* in der ganzen Welt. Die Forschungsarbeit über den *Lamaismus* wurde erst kürzlich aufgenommen, so berichteten die leitenden Mitarbeiter des Instituts, an dem zur Zeit 70 Personen beschäftigt sind. Leiter des Instituts ist Professor *Len Ji*, Spezialist für den chinesischen *Buddhismus*.

Das Institut gliedert sich nach der derzeitigen Einteilung in Abteilungen für das Christentum, für den Islam und den Buddhismus, eine weitere Abteilung beschäftigt sich mit Religionstheorie. Als konkrete Aufgaben der Forschungsarbeit wurden genannt: Geschichte der Weltreligionen in China, Religions-Theorie des Marxismus, Weltgeschichte der Religionen einschließlich des Studiums der Bibel, des Korans und der buddhistischen Schriften.

In einem Gespräch in dem Institut räumten der stellvertretende Institutsleiter *Huang*, der wissenschaftliche Leiter des Instituts, *Li*, der Geschäftsführer der Studiengesellschaft für den Buddhismus in Tibet, *Wan*, sowie der stellvertretende Leiter der Forschungsstelle für den Islam im Institut, *Jin*, ein, daß es während der Kulturrevolution zur Diskriminierung von Gläubigen in China gekommen sei. Man habe Gläubigen auch „Schaden“ zugefügt. Viele Tempel, Moscheen und Kirchen seien zerstört worden. Nun sei man daran gegangen, diese Fehler zu korrigieren, und schon seit einiger Zeit setzte man Kultstätten wieder instand und stelle sie den Gläubigen zur Verfügung. In

manchen Gebieten habe man die zugesicherte Religionsfreiheit für nationale Minderheiten mißachtet. Auch diese Fehler würden nun wiedergutmacht, so gebe es beispielsweise in der Stadt Sian wieder eine geöffnete Moschee.

Was die *christlichen Kirchen* betrifft, so soll demnächst die früher katholische Kathedrale von Schanghai wieder für Gottesdienste geöffnet werden. Ein Besuch dieses Gebäudes ergab, daß die Kirche, die einen sehr devastierten Eindruck macht, zur Zeit noch als Lagerhaus für Zuckerwaren dient. Die Warenbestände werden aber bereits geräumt, um mit der Restaurierung der Kirche beginnen zu können. In Kanton sollen eine katholische und eine evangelische Kirche wiedereröffnet werden. Letztere dient zur Zeit als Papierlager und ist heute zerstört.

In Peking ist die nach wie vor einzige geöffnete katholische Kirche die Nantang-Kathedrale. Etwa 200 Menschen kommen dorthin zu den Gottesdiensten, ein Teil davon sind Angehörige des diplomatischen Korps in der chinesischen Hauptstadt, also Ausländer. Auf nachdrücklichen Wunsch dieser Diplomaten ist diese Kirche 1970 wiedereröffnet worden, nachdem sie seit Beginn der Kulturrevolution faktisch geschlossen war. Der Priester der Kirche, *Petrus Ju Wan* erklärt dazu, die Kirche sei nicht gesperrt worden,

aber es habe sich in der Zeit der Kulturrevolution niemand mehr getraut, dorthin zu kommen. Inzwischen sei die Lage etwas besser geworden.

Im Bistum Peking leben nach der Darstellung von Petrus Ju Wan zur Zeit noch 13 katholische Priester. Sechs davon sind alt und arbeitsunfähig, die sieben anderen Priester dürften aber neben ihrer Arbeit seelsorglich tätig sein: sie feiern die Messe, hören Beichte und spenden die Taufe, die aber erst ab 18 Jahren gewährt werden darf.

Nach den Aussagen des Priesters gab es vor der Revolution im Bistum Peking ca. 10 000 Katholiken. Jetzt schätzt man ihre Zahl auf etwa 6000. Finanzielle Ausgaben der Kirche werden durch einen Fonds der „Nationalen Vereinigung patriotischer Katholiken“ sowie durch Spenden der Gläubigen gedeckt. Beziehungen zum Vatikan würden keine unterhalten, stellte Petrus Ju Wan abschließend fest. Aus diesem Grund werden auch die Bestimmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht angewendet, und die Messe wird nach wie vor in der vorkonziliaren Form zelebriert. Beim Abschied fügt der Priester noch ein Wort hinzu, das die chinesischen Dolmetscher nicht verstanden: „Oremus!“ Was wir sahen und hörten, waren wohl erst allererste Hoffnungszeichen für die lange fast totgeglaubten christlichen Kirchen. *Fritz Csoklich*

Kurzinformationen

„Nur Episoden? Vatikanum II und Würzburger Synode“, dies war das Thema der diesjährigen Priestertagung der *Katholischen Akademie in Bayern*. Verschiedene ehemalige Synodemitglieder, Theologen und Laien, wurden dazu als Referenten gewonnen. Im Mittelpunkt der Referate wie der Diskussion stand dabei eindeutig die Gemeinsame Synode und ihre bisher erkennbare Wirkungsgeschichte.

Dem *Konzil* war nur ein großes Referat, das von *Karl Rahner*, gewidmet. Rahner stellte u. a. fest, das Zweite Vatikanum sei für ihn „der erste Akt in der Weltgeschichte“, in dem die Weltkirche sich als solche amtlich zu vollziehen begann. Deshalb sei in erster Linie zu fragen, nicht was das Konzil Deutschland gebracht habe, sondern welche Auswirkungen von ihm auf die Weltkirche ausgegangen seien. Als wichtigsten Einschnitt bezeichnete Rahner die Abschaffung der lateinischen Kultsprache zugunsten einer Vielfalt regionaler Liturgien. Zur theologisch-lehramtlichen Entwicklung nach dem Konzil meinte Rahner, die lehramtlichen Dokumente aus Rom ließen zwar noch einiges von Impulsen der konziliaren Theologie erkennen, seien aber insgesamt zu ängstlich und zu wenig schöpferisch. Es sei aber unwahrscheinlich, daß die Theologie der Weltkirche hinter die Grenze des Konzils zurückgeführt werde.

Hinsichtlich der Wirkung der Synode waren sich alle Referenten einig, daß die Synode ein wichtiges Moment in der Bewußtseinsbildung des deutschen Katholizismus gewesen sei. Unterschiedlich waren die Meinungen darüber, wie stark die Synode bis zu den Gemeinden durchgedrungen sei und wieviel heute davon dort umgesetzt werde. Prof. *Henry Fischer* (Hildesheim), einst

Vizepräsident der Gemeinsamen Synode, meinte, deren Beschlüsse und Anregungen seien heute „weitgehend in der Gemeindepastoral anerkannt“, der Band mit den Synodendokumenten könne beinahe als ein allgemeines pastorales Lehrbuch gelten. Das Vorurteil, die Synode habe sich abseits der konkreten Nöte der Ortsgemeinden bewegt, sei so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Andere Referenten, so *Marita Estor*, Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, befürchteten, daß die Anregungen der Synode in einer stärker zu Bürokratisierung neigenden Kirche unterzugehen drohten. Beklagt wurde, daß zwar das Grundsatzdokument der Synode „Unsere Hoffnung“ zu den meistgefragten Synodentexten gehöre und selbst im Ausland und bei den evangelischen Christen großen Anklang gefunden habe, daß aber in der Sprache der Hirtenbriefe vom Geist dieses Dokumentes nichts mehr zu spüren sei. Keine großen Wirkungen wurden von den *Voten* erwartet, die nach Rom gerichtet wurden und von dort inzwischen im wesentlichen beantwortet sind, und von der ursprünglich als eine Art Folgeorgan der Synode gedachten *Gemeinsamen Konferenz* zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Unter dem Titel „Energie und Umwelt. Zu ihrer Bedeutung für die Menschen an Rhein und Ruhr“ hat die unter kirchlicher Trägerschaft stehende Rhein-Ruhr-Stiftung ein Thesenpapier zur Energie- und Umweltproblematik herausgegeben. Das vom Präses der Rheinischen Kirche, *Karl Immer*, und vom